



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470
Fernsprecher 34834 - 38
Fernschreiber 0886890

P/XII/216 - 21. September 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Rüstungswettlauf im Teufelskreis	S. 1
Neue sowjetische Balkenziele	S. 3
Ein Strack-Prozess im Januar?	S. 5
Sorge um die deutsche Demokratie	S. 7

Gerade jetzt!

G.M.- Während sich noch zahlreiche Bundesbürger über "ihren" Wahlsieg freuen, nicht sich über unser aller Köpfer das Gewitter zusammen. Die Amerikaner haben jetzt angekündigt, auch sie seien in Besitz von Fernraketen, die "über Tausende von Kilometern jedes gewünschte Ziel" erreichen könnten. Das war zu erwarten, denn selbstverständlich versuchen Moskau und Washington stets, im Rüstungswettlauf auf der gleichen Stufe zu bleiben.

Vielleicht wird den einen oder anderen Bundesbürger die Nachricht vom Gleichstand der russischen und amerikanischen Atomrüstung erfreuen und beruhigen. Er mag darin ein Zeichen dafür erblicken, dass weder die eine noch die andere Seite das Risiko eines Überraschungsangriffs eingehen wird.

Die nunmehr vor dem Forum der JHO beginnenden Abrüstungsverhandlungen werden zunächst auf der Grundlage dieser makabren Gleichwertigkeit geführt werden. Die beiderseitige Furcht wird beide Seiten sicher vorsichtige Worte bei dem Versuch wählen lassen, das Abrüstungsgespräch in Gang zu halten.

Niemand soll sich aber darüber täuschen, dass inzwischen beide Seiten bemüht bleiben werden, der anderen Seite den Rang in

Rüstungsstand abzulaufen. Die Russen werden uns sicher bald wieder mit einer Nachricht überraschen, dass sie eine noch wirkungsvollere und weiterreichende Raketenwaffe haben, und die Amerikaner werden bestimmt kurz darauf nachziehen. Die apokalyptischen Reiter des Rüstungswettlaufs werden im Teufelskreis hintereinander herreiten.

Die Deutschen in der Bundesrepublik haben am 15. September zunächst die Chance verpasst, Hürden auf der Rennbahn der Rüstungswettläufer aufzubauen. Sie haben sich mit grosser Mehrheit dafür entschieden, dass ihre Regierung mitrennt, den Wettlauf befürwortet und bemüht bleibt, den Anschein zu erwecken, als könne heute noch irgend ein weltpolitisches Problem mit militärischen Mitteln gelöst werden.

Trotzdem! Es darf keine Resignation geben! Ausserhalb des Kräftefeldes der beiden "Grossen", die im Begriff sind, ihre Politik nach den Maximen der Furcht und Angst weiterzuentwickeln, gibt es auch jetzt Völker und Gruppen von Völkern, die den Wahnsinn erkennen und politisch am Werk sind, ihm zu begegnen. Hier liegt das Aufgabenfeld einer wirklich deutschen Politik. Wer jetzt resigniert und achselzuckend beiseite steht, wer die "Grossen" allein Politik machen lässt, wird mitschuldig an der Vorbereitung des atomaren Massenmordes.

Es ist nicht mehr nur das "Kotelett", das in Gefahr ist, wenn die Politik des weltweiten Wettrüstens fortgesetzt wird. Jetzt steht das Schicksal der Menschheit auf dem Spiel, mit allem, was den denkenden Menschen wert und teuer ist. Dazu gehört auch die Freiheit. Wenn der Wahnsinn losbricht, wenn Atombomben fallen, ja, wenn nur die Furcht vor dem Fall von Atombomben unser Leben beherrscht - dann ist auch die Freiheit, die angeblich durch das Wettüsten bewahrt bleiben soll - eine grausige Illusion. Sie würde dann nur in der Freiheit bestehen, den Überlebenden zu gestatten, wie Kahlwürfe unter der Erde zu vegetieren.

Vor einer Balkankonferenz ?

Von unserem Balkankorrespondenten

Die Ostblockstaaten haben unter der Führung der Sowjetunion einen neuen Vorstoss unternommen, den westlich orientierten Balkanpakt zwischen Griechenland, Jugoslawien und der Türkei zum endgültigen Scheitern zu bringen. So ist jedenfalls die Einladung des rumänischen Ministerpräsidenten zu verstehen, der mit seinen Kollegen aus den fünf anderen Balkanländern zu einer gemeinsamen Konferenz zusammenzutreffen will.

Die Sowjetunion hat bereits schon einmal nach dem zweiten Weltkrieg den Plan verfolgt, alle Balkanländer in ihren Machtbereich hineinzuziehen. Dieser Plan des Krcml erfüllte sich nicht. Griechenland ist, obwohl es zwei von den Satellitenstaaten unterstützte Revolutionen - im Dezember 1944 und von 1946 bis 1949 - erlebt hat, ebenso ein westliches Land geblieben wie die Türkei. In der folgenden Zeit wollte Moskau Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien und Albanien zu einem neuen kommunistischen Balkanbund zusammenfügen. Belgrad fiel von Moskau ab und ausserdem wurde dieser Plan durch den Streit um die Führung in diesem Bund zwischen Bulgarien und Jugoslawien vereitelt. Die sowjetischen Expansionsbestrebungen erfuhren damit eine entscheidende Einengung.

Washington indessen liess diese Chance nicht ungenutzt. Es gelang im Jahre 1953, die von Sowjetrussland wegstrebenden Länder einander näherzubringen. Jugoslawien, Griechenland und die Türkei vereinigten sich im sogenannten Balkanpakt, womit sich die politische Kräfteverteilung - aber nur für kurze Zeit - zugunsten des Westens verschob. Die Spannungen zwischen Ankara und Athen wegen der Zypernfrage und nicht das kommunistische Jugoslawien haben diesen Pakt praktisch nicht in Funktion treten lassen. Seit dem Sommer 1957 musste man sogar eine kriegerische Auseinandersetzung wegen des Zypernproblems befürchten. Christschew versucht seit einem Jahr, in dieses politische Vakuum einzudringen.

In letzter Zeit ächtet Moskau den Balkanpakt nicht mehr als Instrument des Kalten Krieges, sondern gab der Hoffnung Ausdruck, dass dieser Pakt auch den benachbarten kommunistischen Balkanstaaten eine

Mitarbeit ermöglicht. In diesem Zusammenhang ist das Angebot des Generalsekretärs der bulgarischen KP, Sivkov, zu sehen, der Griechenland in konkreter Form einen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt vorschlug. Durch die Bekanntgabe näherer Einzelheiten eines solcher Bündnisses unterstützte der bulgarische Ministerpräsident Jungoff offiziell in Sofia dieses Angebot. Chruschtschow und Tito trafen sich im August in Rumänien. Politische Kreise Athens vermuten jetzt, dass der sowjetische Parteichef seinem jugoslawischen Kollegen seinen Plan über einen neuen kollektiven Sicherheitspakt für den Balkan vorgetragen hat, um sich zuvor dessen Zustimmung zu sichern. Offensichtlich hat Tito dieser Bitte entsprochen, wenn auch sicherlich gegen das Versprechen, dass sein Land in diesem Bund eine führende Rolle spielen wird. Tito hat - wie man erfahren hat - die Einladung Rumäniens zu dieser Balkankonferenz angenommen.

Es ist bemerkenswert, dass die Einladung Rumäniens zeitlich mit den von sowjetischer Seite gegen die Türkei und Griechenland erhobenen Vorwürfen zusammenfällt, den Transport amerikanischer Waffen durch ihre Territorien nach Jordanien zu dulden.

So stellt die rumänische Einladung also nur einen taktischen Zug sowjetischer Politik dar, Griechenland und die Türkei zu einem neutralen Auser zu veranlassen und den westlichen Einfluss zu entziehen. Allerdings ist noch völlig offen, wie die Türkei diese Einladung beantworten wird. Von Griechenland dürfte kaum eine positive Antwort erwartet werden. Die Zypernfrage steht als Hindernis zwischen Griechenland und der Türkei. Auf der anderen Seite schuldet Sofia Athen noch die Reparationsleistungen aus dem zweiten Weltkrieg. Störend wirkt auch, dass Albanien noch keine diplomatischen Beziehungen zu Griechenland unterhält. Allerdings hat Tirana erst vor einigen Tagen in Athen ein Angebot gemacht, dem Kriegszustand zwischen beiden Ländern ein Ende zu bereiten.

Die Zeit bis zum Jahresende wird jedoch zu kurz sein, um diese Widerstände zu glätten. Es ist daher mehr als zweifelhaft, dass die geplante Balkankonferenz noch in diesem Jahre zustande kommt.

Schwer belastete Diplomaten

s. Gegen drei deutsche Botschafter und gegen den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes schwebt ein Ermittlungsverfahren. Nach Auffassung des Bonner Landgerichts kann dieses Verfahren nicht unter Berufung auf die Amnestie aus dem Jahre 1954 eingestellt werden, obwohl die Vorgänge, die ermittelt werden sollen, älter sind. Daraus kann man nur den Schluss ziehen, dass nach Auffassung des Gerichts bei einer Verurteilung der Diplomaten Gefängnisstrafen nicht unter drei Monaten ausgesprochen werden müssten. Denn sonst könnte den Diplomaten die Amnestie nicht verweigert worden sein.

In jedem ordentlich regierten Land würde ein derartiges Verfahren dazu führen, dass die Botschafter und der Staatssekretär beurlaubt würden; jedenfalls solange, bis über Schuld oder Unschuld entschieden ist.

Denn man stelle sich das vor: drei deutsche Botschafter, zwei davon in verschiedenen Funktionen in Paris, einer in Jakarta, stehen womöglich schon mit einem Bein im Gefängnis. Es entspricht nicht den internationalen Gepflogenheiten, sich durch solche Diplomaten vertreten zu lassen. Sollte nach dem Ende des Verfahrens ihr Schild wieder blitzblank geputzt sein, sind sie rehabilitiert und jeder wird bedauern, dass sie wegen unrichtiger Beschuldigungen vorübergehend auf die Ausübung ihres Amtes verzichten mussten. Aber es ist einfach unterträglich zu wissen, dass hinter dem Rücken dieser Diplomaten im Ausland gatschelt wird, und dafür gibt es leider Hinweise.

Schließlich kann man keinem Ausländer vorschreiben, sich ein Bild über die Beschuldigungen zu machen, die hier erhoben worden sind. Vollends hat die Tatsache, dass zwei der Botschafter Amnestieanträge vorgelegt haben, vorläufig. Amnestiert kann nur werden, wenn eine Schuld nachgewiesen wird oder wenn eine Schuld eingesteht. Wer einen Amnestieantrag stellt, gibt seine strafrechtliche Schuld praktisch zu. Man kann wohl sagen, dass überhaupt die Amnestieanträge erst das Ansehen dieser Diplomaten gefährdet haben.

Es besteht kein Anlass, die Namen nicht zu nennen, da die Affaire der Öffentlichkeit ohnehin zum Teil bekannt ist. Die beiden Botschafter, die einen Amnestieantrag gestellt hatten, sind der deutsche - 6 -

21. September 1957

NAFO-Botschafter Blankenhorn und der Botschafter der Bundesrepublik in Paris, von Maltzan. Der dritte Botschafter ist der deutsche Botschafter in Djakarta, Allardt. Alle drei sind in die unrühmliche Strack-Affaire verwickelt.

Die Dienstherrin der Diplomaten, die Bundesregierung, hat-zuletzt durch einen interministeriellen Ausschuss im Jahre 1954- feststellen lassen, dass alle gegen Strack erhobenen Beschuldigungen (Bestechung; die Türkei habe ihn als unerwünscht bezeichnet) falsch waren. Dennoch wartet Strack noch heute darauf, dass man seine Ehre öffentlich wiederherstellt.

Erst 1955 ist das von ihm in Gang gebrachte Ermittlungsverfahren gegen die Diplomaten und den Staatssekretär angelaufen. Bis dahin hatten Staatssekretär Hallstein, der doch selbst Beschuldigter ist (!) und Staatssekretär Globke die Aussagegenehmigungen verweigert. So hatten die Justizbehörden keine Möglichkeit, die Beschuldigten zu vernahmen. Also statt Aufklärung und Beurlaubung der Belasteten hat man ihnen sogar gestattet, an der möglichen Verschleierung des Verfahrens mitzuwirken, obwohl die Unschuld Stracks für die Regierung feststand! Und werden beschuldigte Beamte nicht auch unter anderem deshalb beurlaubt, weil sie dann keine Möglichkeit mehr haben, den Gang der Tatsachenermittlung zu beeinflussen? Wenn aber der Staatssekretär eines Ministeriums und so hoch gestellte Beamte, die später statt beurlaubt zu werden, zu Botschaftern aufrücken, die Möglichkeit behalten, Jahre hindurch auf den Verbleib eventueller Beweismittel Einfluss zu haben, ist das alles nur noch schwer rechtsstaatlich oder auch nur schlicht ordentlich zu nennen.

Es gibt ein doppeltes Finale der Affaire: in einem Schriftsatz, den Prof. Daks, der Rechtsbeistand der Botschafter, dem Berner Landgericht in Zusammenhang mit den Amnestieanträgen vorlegte, wird angegeben, dass man dem zu Unrecht beschuldigten Strack einen Botschafterposten angeboten habe, wenn er dafür seine Strafanträge zurückziehe. Strack ist darauf nicht eingegangen. Aber neben der Tatsache, dass die Botschafter Amnestieanträge vorgebracht haben, ist dies

GPD-Pressedienst

9/XII/216

- 7 -

21. September 1957

Selbstverständlich ein weiteres Indiz dafür, dass sie sich in Unrecht wissen.

Indessen, dass Bonner Landgericht hat die Amnestierung Blankenhorns und Maltzans abgelehnt. Dagegen hatte zunächst Beschwerde gegen diese Entscheidung beim Kölner Oberlandesgericht eingelegt. Diese Beschwerde hat er nun zurückgezogen. Das bedeutet, dass es nun doch einen Prozess geben wird, in dem die ganze Affaire aufgerollt werden muss. Wie man in Bonn vermutet, ist die Untadeligkeit namentlich der beiden Pariser Betrachter in ausländischen Kreisen so sehr in Zweifel gezogen worden, dass Aussenminister von Brentano jetzt darauf besteht, die Affaire auf Siegen oder Breda auflären zu lassen. Man hätte uns diese peinliche Blässe ersparen können, aber denen, die jetzt fürchten müssen, verurteilt zu werden, geschieht nur recht. Da Strack schon einen Botschafterposten ausgeschlagen hat, ist zu erwarten, dass er sich auch jetzt nicht auf einen Handel einlässt. So wird also wohl im Januar ein Prozess mit vielen Prominenten stattfinden.

* * *

Sorge um die deutsche Demokratie

ler - Innenpolitisch gibt es zur Zeit kein interessanteres Thema als die Spekulation über den zukünftigen Weg der deutschen Sozialdemokratie. Erdichtete Palastrevolutionen innerhalb dieser Partei sichern Befugten und Unbefugten die Schlagzeilen der deutschen Presse. Darin liegt eine grosse Versuchung, der viele nicht widerstehen können.

Unzweifelhaft spricht aus vielen Betrachtungen zum Wahlausgang des 15. September aber auch die Sorge um die zukünftige Entwicklung der deutschen Demokratie. Das ist an sich schon ein gutes Zeichen. Untrennbar mit dem Weg der deutschen Demokratie ist das Schicksal der deutschen Sozialdemokratie verbunden. Ohne eine starke Sozialdemokratie gibt es keine Hoffnung, die Freiheitlichen Grundlagen/zu sichern ^{unseres Staates} und sie gegen Anstürme abzuschirmen. Diese Erkenntnis kam geradezu elementar zum Ausdruck. Sie beherrscht das Denken aller der Zukunft zugewandten Geister. Würde die Sozialdemokratie in ihrer Aufgabe als Wächter der Demokratie und als Motor des geistigen und gesellschaft-

lichen Fortschritte versagen, dann wäre allerdings der Weg des deutschen Volkes von Unheil begleitet. Das deutsche Volk ging immer dann schlimmen Zeiten entgegen, wenn die Sozialdemokratie als eine politisch mitbestimmende Kraft zur Ohnmacht verurteilt oder ganz ausgeschaltet war. Die letzten fünfzig Jahre liefern dafür erschütternde Beweise.

Es ist gut, dass sich als Folge des 15. September das Denken der geistig beweglichen Kräfte den grossen Existenzfragen unseres Volkes zuwendet. Daraus kann die deutsche Demokratie und mit ihr die deutsche Sozialdemokratie als deren lebendigster Ausdruck nur neue und schöpferische Impulse erfahren. Der Prozess einer Regeneration kann sich allerdings nicht von heute auf morgen vollziehen, er ist gewissermassen ein unter der Oberfläche sich abspielender Vorgang und die Faktoren, die in ihm zur Geltung kommen, lassen sich in ihrer Bedeutung noch nicht abschätzen. Viele heute noch unbekannte Kräfte werden in seinem Verlauf zur Wirksamkeit kommen, das echt Politische wird durch sie eine grosse Bereicherung erfahren.

Auch das ist eine Folgeerscheinung des 15. September: die deutsche Sozialdemokratie wird in der Zukunft noch bedeutsamer werden als sie in der Vergangenheit war. Sie ist heute die Hoffnung und das Sammelbecken aller, die über den Heute nicht das Morgen vergessen wollen und können. Es gibt keine politische Kraft im deutschen Volk, in der so leidenschaftlich und verantwortungsbewusst um das Bild der Zukunft gerungen wird, wie in der Partei eines August Bebel, Friedrich Loert und Kurt Schumacher. Nur sie allein vermag dem deutschen Volk neue, auf die Festigung des Freiheitslichen und Demokratischen gerichtete Zielsetzungen zu geben. Sie weiss sich dabei im Bunde mit allen Gutgesinnten. Im Laufe ihrer fast hundertjährigen Geschichte erstanden der Sozialdemokratie viele Gegner; sie verschwanden von der Bildfläche, über sie ging der Strom der Entwicklung hinweg. Das Geheimnis ihrer Stärke und ihrer Anziehungskraft ist in der Tatsache begründet, dass sie es verstanden hat, die besten Geister der Nation an sich heranzuziehen. Das wird auch in der Zukunft der Fall sein. Niemand kann sie in dieser Rolle ablösen. Darauf gründet sich ihre Zuversicht.

* * *